

WPS Deutscher Beamtenbund Antworten der Piratenpartei Berlin

Der Landesvorstand des dbb Beamtenbund und Tarifunion berlin (dbb berlin) hat zu der am 18. September 2016 stattfindenden Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin einen Fragenkatalog an die im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien gefeigt und gebeten diese Fragen zu beantworten. Wir werden die Antworten rechtzeitig vor der Wahl veröffentlichen.

1. Das Recht des öffentlichen Dienstes ist nach dem Grundgesetz unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln und fortzuentwickeln.

Wie will Ihre Partei diesem Verfassungsauftrag, insbesondere der Fortentwicklung des Berufsbeamtentums, künftig Rechnung tragen?

Die PIRATEN setzen sich für ein zeitgemäßes, zukunftssicheres Berufsbeamtentum ein. Auch wenn viele öffentliche Aufgaben genauso gut von Angestellten erledigt werden können, sind Beamt_innen in vielen Bereichen unverzichtbar.

Insbesondere treten die PIRATEN auch bei Beschäftigungsverhältnissen im öffentlichen Dienst für den Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" ein. Dies trifft insbesondere auf das Berufsbeamtentum zu. Die Arbeitsbedingungen für Beamt_innen sollten einheitlicher, gerechter und gleichmäßig bezahlt sein, eine Konkurrenz um die besten Köpfe zwischen einzelnen Bundesländern lehnen wir ab. Deshalb darf die Besoldung in Berlin nicht länger weit unterhalb des Bundesniveaus liegen.

2. Die Anpassung der Besoldung und Versorgung ist in Berlin über Jahre hinweg in sträflicher Weise dem Gutdünken der Haushaltspolitik überlassen geblieben. Mittlerweile hat aber sogar das Bundesverfassungsgericht in einer Grundsatzentscheidung die enge Verknüpfung zwischen Tarifanpassungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes einerseits und den Anpassungen von Beamtenbesoldung und -versorgung andererseits bestätigt.

Sieht sich Ihre Partei in der Pflicht, diesem Grundsatz uneingeschränkt zu folgen und verlässlich für eine dem Tarifergebnis entsprechende wirkungsgleiche Erhöhung der Bezüge der Beamten und Versorgungsempfänger zu sorgen?

Wir sprechen uns grundsätzlich dafür aus, dass in vergleichbaren Arbeitsverhältnissen die Bezüge der Angestellten auch vergleichbar sein müssen. Dies gilt auch für die Kopplung der Erhöhung von Beamtenbezügen an Erhöhungen, die sich aus Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst ergeben. Das Verfassungsgericht bestärkt diese Sichtweise an dieser Stelle noch einmal, so dass wir dem Urteil uneingeschränkt folgen.

3. Das Land Berlin trägt bei der Beamtenbesoldung die rote Laterne und die negativen Folgen der einseitigen Sparpolitik für die Personalentwicklung treten immer deutlicher zutage. Zu einer Angleichung an die Bezahlung in den anderen Bundesländern enthält die Besoldungserhöhung 2016 die außerordentlich bescheidene zusätzliche Aufstockung um 0,5 Prozent.

Halten Sie diese „Angleichung im Schneckentempo“ für ausreichend bzw. um welchen Prozentsatz beabsichtigt Ihre Partei die Besoldung in den nächsten Jahren zusätzlich zum abgeschlossenen Tarifergebnis zu erhöhen, um Berlin wieder wettbewerbsfähig mit den anderen Bundesländern zu machen?

Die Einsparungen im öffentlichen Dienst sind seit langem die Cash Cow für die Sanierung des Berliner Haushalts. Das muss definitiv ein Ende haben und somit setzen sich die Piraten in Zukunft deutlich für stärkere Erhöhungen ein, um wieder an das Bundesniveau anzugleichen.

4. Auch die Tarifbeschäftigten im Landesdienst, die in immer größerer Zahl im dbb Berlin organisiert sind, erwarten selbstverständlich eine faire und auskömmliche Bezahlung durch den öffentlichen Arbeitgeber.

Wie wird Ihre Partei ein konkurrenzfähiges Entgelt der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der nächsten Tarifrunde sicherstellen?

Eine große Baustelle ist die Festlegung der Entgeltgruppen. In manchen Bereichen, zum Beispiel im Öffentlichen Gesundheitsdienst, kann gar kein angemessenes Personal mehr gefunden werden, da die Beschäftigten in zu niedrige Entgeltgruppen einsortiert werden. Hier werden sich die Piraten für eine Überarbeitung der Entgeltgruppen einsetzen, um insbesondere die Angestellten im Gesundheitsdienst besserzustellen. Dem Abrutschen der Angestellten im TV-L in Berlin unter den Bundesdurchschnitt muss entgegengewirkt werden.

Die PIRATEN unterstützen außerdem die Berliner Lehrkräfte in ihrem Kampf um gleiche Bezahlung für Angestellte und Beamte. Die Einkommensdifferenz zu den Beamten muss ausgeglichen werden.

5. In Berlin ist die Personaldecke des öffentlichen Dienstes an sehr vielen Stellen geradezu fahrlässig auf Kante genäht. Die wachsende Stadt und neue Aufgabenstellungen erfordern über die bereits beschlossenen zusätzlichen Stellen hinaus weiteres, gut ausgebildetes und motiviertes Personal. Der demografische Wandel erschwert dabei die Nachwuchsgewinnung.

Welche konkreten Maßnahmen beabsichtigt Ihre Partei, um den öffentlichen Dienst für Berufseinsteiger attraktiver zu machen bzw. die Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst zu forcieren? Und welche Sofort-Maßnahmen müssen aus Ihrer Sicht zur Entlastung des gegenwärtigen, überlasteten Personals ergriffen werden?

Wie bereits dargestellt, fordern wir in vielen Bereichen eine Neuordnung der Entgeltgruppen. Es kann nicht sein, dass im Öffentlichen Gesundheitsdienst

promovierte Ärzte auf Entgeltgruppe 7 eingestellt werden sollen. Aber auch die Ausstattung der Verwaltungen muss sich verbessern. Wir sind grundsätzlich für digitale Verwaltung. Hier müssen sich die Prozesse so verändern, dass sie einfacher mit entsprechend geschultem Personal zu leisten sind. Dieses Personal muss aber auch anständig für seine Arbeit bezahlt werden.

Zunächst einmal ist ein Umdenken in der Politik nötig. Veränderungen im Öffentlichen Sektor sind nicht zum Nulltarif zu haben. Für Tarifierungen und neue Stellen muss Geld in die Hand genommen werden. Darüber hinaus braucht es intelligente Konzepte, wie qualifiziertes Personal angeworben werden soll. Hier handelt es sich ebenfalls um einen Investitionsstau, der abgetragen werden muss.

6. Immer häufiger sind die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, insbesondere in Aufgabenbereichen mit Publikumsverkehr, Gewalt in den unterschiedlichsten Formen ausgesetzt. Beschimpfungen, Bedrohungen oder auch körperliche Gewalt sind leider keine Seltenheit mehr.

Welche Lösungen zum vorbeugenden Schutz vor derartigen Übergriffen wird Ihre Partei etablieren? Wie sollen Gewalttaten gegenüber öffentlichem Personal künftig geahndet werden?

Zunächst einmal sind Schulungen der Mitarbeiter_innen zur Deeskalation und Teamarbeit zum gegenseitigen Schutz sinnvoll. Gewalt gegenüber öffentlichem Personal muss konsequent mit den Mitteln des Strafgesetzbuches verfolgt werden. Nicht zuletzt muss Berlin seine Verwaltung so optimieren, dass weniger Frust bei den Kunden entsteht, der sich dann beim Personal mit Publikumsverkehr entlädt.

7. Der öffentliche Dienst ist unterbesetzt und überaltert. Um das vorhandene Personal motiviert und leistungsfähig zu erhalten, wird betriebliches/behördliches Gesundheitsmanagement immer wichtiger. Trotzdem werden entsprechende Konzepte bislang - offenbar unter dem vorherrschenden Gesichtspunkt der Kostenneutralität - nur sehr stockend oder gar nicht umgesetzt.

Teilen Sie diese Auffassung? Welche Ideen zur Etablierung alternsgerechter Arbeitsplätze und zur Verbesserung des Gesundheitsmanagements haben Sie für den öffentlichen Dienst?

Ja, im öffentlichen Dienst muss es grundsätzlich die Möglichkeit geben, auf einen Betriebsärztlichen Dienst zurückzugreifen. Dazu gehört auch eine Form von Gewaltschutz. Weiterhin fordern wir mehr Sensibilität gegenüber Mobbing.

Sportprogramme während der Arbeitszeit oder zumindest am Arbeitsplatz werden leider auch nur halbherzig umgesetzt.

8. Die Vereinbarkeit von Beruf, Pflege und Familie ist ein Kernthema in der modernen Gesellschaft.

Welche Einzelmaßnahmen will Ihre Partei zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf im öffentlichen Dienst vorrangig realisiert sehen?

Grundsätzlich sollte gerade im Öffentlichen Dienst der Arbeitgeber über Elternzeit und die entsprechenden Anspruchsformen deutlich aufklären. Gerade die Möglichkeiten, wie Elternzeit zwischen den Partnern geteilt werden kann, sind oft gar nicht bekannt. Die Arbeitgeber haben ihre Angestellten zu ermutigen, sich mit einer Work-Life-Balance im Beruf auseinanderzusetzen. Dies beinhaltet auch die Familienplanung. Hier ist besonders auch die Teilzeit von Männern zu fördern, denn das ist eine Voraussetzung Frauen die Möglichkeit vollwertige Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Die Vorgesetzten haben sich um familienkompatible Arbeitszeiten zu kümmern, und z.B. Beratungen nicht nach 16.00 anzusetzen. Teilzeitbeschäftigten muss ebenso wie in anderen europäischen Ländern der Aufstieg in Leitungspositionen ebenso möglich sein wie Vollzeitbeschäftigten.

9. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes, die allzuoft als Prügelknaben für politische Fehlentscheidungen herhalten müssen, fehlt es an Wertschätzung für ihre Arbeit, und zwar sowohl von der Politik als auch der Öffentlichkeit. Worin kann sich die Wertschätzung für die Beschäftigten Ihrer Ansicht nach ausdrücken? Und welche Möglichkeiten hat die Politik, eine Wertschätzungskultur gegenüber dem öffentlichen Dienst aufzubauen?

Zunächst einmal muss das Bild des Öffentlichen Dienstes in der Öffentlichkeit korrigiert werden. Die Mitarbeiter_innen leisten gute Arbeit, sie finden nach 15 Jahren Sparpolitik und Personalabbau aber Bedingungen vor, die sich nicht mehr mit individuellem persönlichem Mehreinsatz kompensieren lassen.

Eine Aufstockung des Personals, die Beteiligung der Mitarbeiter an der Optimierung der Abläufe, die Würdigung ihrer Arbeit im symbolischen und im monetären Sinne ist unserer Meinung nach dringend geboten.

10. Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben wird in schönster Regelmäßigkeit als Forderung erhoben, obwohl die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Private die Aufgaben nicht unbedingt preiswerter, stattdessen aber schlechter durchführen.

Welche Aufgaben müssen in Ihren Augen weiter vom öffentlichen Dienst wahrgenommen werden? Wo sehen Sie Möglichkeiten, Aufgaben an externe Firmen zu übertragen?

Wir sehen Privatisierungen sehr kritisch und sprechen uns überwiegend dafür aus, dass wieder Aufgaben in kommunale Verantwortung zurückgeholt werden. Dies betrifft beispielsweise die Reinigungsdienste an Universitäten oder die Bereitstellung des Schulessens. Nicht zuletzt fordern wir eine Bezahlung nach den Bedingungen des öffentlichen Dienstes und nicht das Abdrängen in den Mindestlohnbereich.

11. Die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) hat die Aufgabe, den Investitions-/Sanierungsbedarf auch für den öffentlichen Dienst unter Einbeziehung des Landesbetriebs für Gebäudebewirtschaftung Berlin (LfG) zu organisieren und durchzuführen. Die speziellen Anforderungen der Dienststellen bleiben dabei nicht selten auf der Strecke. Ferner ist bei BIM und LfG trotz des erheblichen Investitionsbedarfs ein Sanierungsstau festzustellen.

Wie hoch schätzen Sie den notwendigen Investitionsbedarf des öffentlichen Dienstes in Berlin für Immobilien, Technik, und Gebäude ein? Wie kann die Arbeit zwischen der BIM und den Nutzern (Behörden) besser organisiert werden? Und wer wird ab 2020 die Aufgaben des LfG übernehmen?

Der Investitionsbedarf ist seriös schwer zu schätzen, es gibt mindestens 30 Milliarden Euro Mehrbedarf in den nächsten 15 Jahren. Zur Zukunft der BIM und der Nachfolgeregelung für die LfG gibt es einigen Diskussionsbedarf. Die PIRATEN setzen sich für ein leistungsfähiges kommunales Immobilienmanagement in Berlin ein.

12. Lehrer wandern zum großen Nachteil der Berliner Schulen in großer Zahl aus dem Land Berlin in andere Bundesländer ab. Hauptursachen der Abwanderungen sind die schlechte Bezahlung in Berlin und die Tatsache, dass Lehrerinnen und Lehrer in Berlin nicht mehr verbeamtet werden.

Wird Ihre Partei sich für die Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer in Berlin einsetzen, die unabhängig von allen funktionalen Erwägungen ein Gebot der Stunde ist, um ausreichend qualifiziertes und motiviertes Personal rekrutieren zu können?

Wir sehen diese Frage sehr pragmatisch. Insbesondere sprechen wir und dafür aus, dass die Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit in ganz Deutschland gleich sein müssen. Wenn angehendes Lehrpersonal Berlin nur aus dem Grund verlässt, weil hier nicht mehr verbeamtet wird, muss darauf reagiert werden.

Die PIRATEN unterstützen die Berliner Lehrkräfte in ihrem Kampf um die gleiche Bezahlung für Angestellte und Beamte. Die Einkommensdifferenz zu den Beamten muss ausgeglichen werden.

Weiterhin setzen wir uns für die Gleichstellung der Grundschul- mit den Oberschullehrer_innen ein. Das Einkommen der Berliner Lehrkräfte liegt deutlich unter dem in anderen Bundesländern üblichen. Ohne eine Angleichung kann Berlin dem Mangel an Lehrpersonal auf Dauer nicht wirksam entgegentreten.